

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 8 86846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Horst Sielaff MdB zur Notwendigkeit, eine Massenabwanderung zu verhindern: Den Zentren der Sowjetdeutschen helfen.

Seite 1

Ernst Haar MdB zur Notwendigkeit grundlegender Eisenbahn-Reformen: Kein rosiges Bild, aber Hoffnungsträger.

Seite 3

Annemarie Renger MdB zur Erinnerung an Kurt Schumacher und die Wiedergründung der SPD in Hannover vor 45 Jahren: Ein Mann der Tat.

Seite 4

Christa Randzio-Plath MdEP zum Umgang der Bundesregierung mit dem 1. Gesamtbericht über dieses schmutzige Geschäft: Den Frauenhandel mit Taten bekämpfen.

Seite 6

45. Jahrgang / 74

18. April 1990

Den Zentren der Sowjetdeutschen helfen

Zur Notwendigkeit, eine Massenabwanderung zu verhindern

Von Horst Sielaff MdB*

Vorsitzender des Zentralverbands Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)

Die Probleme in der Sowjetunion spitzen sich offensichtlich zu. Das Ausbleiben wirtschaftlicher Verbesserungen wird mehr und mehr zur Hauptursache für die schwierige Lage im Land. Der wachsende ökonomische Druck läßt auch die Deutschen in der Sowjetunion immer mehr resignieren. Die Schwierigkeiten um die Wiederherstellung der autonomen Republik an der Wolga und die verschärften Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Nationalitäten tun ein übriges, um den Wunsch nach Aussiedlung in die Bundesrepublik immer stärker anwachsen zu lassen.

Eine Massenabwanderung von Deutschen befürchtet Heinrich Grout, einer der Sprecher der Deutschen in der Gesellschaft „Wiedergeburt“, wenn nicht schnell und spürbar Hilfe kommt. Grouts Prognosen sind besorgniserregend: mit zwei bis maximal zehn Millionen (!) aussiedlungswilligen Menschen müsse gerechnet werden.

Grout begründet diese hohe Anzahl damit, daß sich immer mehr Menschen in der Sowjetunion als Deutsche bekennen und die offiziell bekannte Zahl von zwei Millionen Deutschen zu gering angesetzt sei, bei der Zahl von zwei Millionen Deutschen Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren nicht mitgezählt seien und

* Unter Leitung des Autors besuchte eine fünfköpfige Bundestagsdelegation kürzlich die Sowjetunion. Die Delegation befaßte sich unter anderem mit der Situation der deutschen Minderheit in der Sowjetunion und informierte sich über Fragen der Gewissens- und Glaubensfreiheit. Neben Besuchen in Kasachstan, Kirgisien und Lettland führte die Delegation in Moskau Gespräche unter anderem mit führenden Politikern der Ideologieabteilung im ZK der KPdSU.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umweltschutz
nach dem Verfall der Nachschaffen
Recycling-Papier



45. Jahrgang / 74 / 18. April 1990

die nicht-deutschen Ehepartner und Verwandten von Deutschen ebenfalls Ausreiseanträge stellen werden. Bisher wurden nur Ausreiseanträge im Rahmen von Familienzusammenführungen von den sowjetischen Behörden genehmigt. Im Rahmen der Liberalisierung kann wohl davon ausgegangen werden, daß auch die UdSSR Aussiedlerwünsche großzügiger genehmigen wird.

Wer diesen zu befürchtenden Massenansturm von Deutschen verhindern oder eindämmen will, muß schnell und wirksamer als bisher helfen, um die wirtschaftliche Situation der Menschen in der UdSSR zu verbessern und den Traum vieler Deutscher mit der Wiederherstellung der autonomen Wolgarepublik der Deutschen doch in irgendeiner Form zu realisieren. Die Bundesregierung ist gefordert, die bisherigen Zentren der Deutschen kulturell massiver zu unterstützen und Begegnungen zwischen Deutschen aus der UdSSR und der Bundesrepublik großzügiger zu fördern.

Insbesondere Schüler- und Künftleraustausch, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit werden von den Sowjetdeutschen als vorrangige Aufgaben genannt. Dabei wird betont, daß die Hilfe für die Deutschen auch den anderen Nationalitäten zugute kommen werde. Aus der geschichtlichen und kulturellen Verbindung könnten die Deutschen eine positive Brückenfunktion zwischen Westeuropa und Mittelasien darstellen.

Daß es in der Vergangenheit eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen gegeben hat, wird auch im ZK der KPdSU offen zugegeben. Auch die in der Verfassung garantierte Gewissensfreiheit wurde ständig verletzt. Heute wird sie eingehalten. In der Abteilung für Ideologie beim ZK der KPdSU wird offen darüber gesprochen, daß Vorurteile überwunden, Diskriminierungen abgebaut und atheistische Propaganda der Vergangenheit angehören müsse.

Im Programmentwurf für den 28. Parteitag wird die freie Selbstbestimmung der Menschen und die Freiheit der Gewissens- und Glaubensbekenntnisse enthalten sein. Der Dialog zwischen Atheisten und Gläubigen soll verstärkt aufgenommen und vertieft werden. Die friedens- und moralstiftende Rolle der Christen wird immer wieder positiv hervorgehoben.

So wird auch heute schon den Kirchen weitgehende Freiheit gewährt und die Religionsausübung - einschließlich der religiösen Kindererziehung - nicht eingeschränkt. Zahlen über die Entwicklung der registrierten Religionsgemeinschaften bestätigen eine positive Entwicklung: Allein von 1987 bis 1989 haben sich die registrierten Religionsgemeinschaften um über 4.700 auf insgesamt 16.990 Gemeinschaften erhöht. Während sich 1987 zunächst nur 104 Gemeinden registrieren ließen, waren es 1988 bereits 1.070 und 1989 sogar 3.414 neue Gemeinden.

Die Ideologieabteilung des ZK selbst fördert jetzt sogar einen Auftritt des amerikanischen Predigers Billy Graham im sowjetischen Fernsehen. Religiöse Ansprachen sollen regelmäßig im Fernsehen der UdSSR ausgestrahlt werden.

Der positive Wandel ist für den Besucher überall spürbar. - Die Stimmung in der sowjetischen Bevölkerung allerdings ist geprägt von Zurückhaltung, teilweise Resignation. Die Menschen bleiben skeptisch.

(-/18.4.1990/rs/ks)

Kein rosiges Bild, aber Hoffnungsträger

Zur Notwendigkeit grundlegender Eisenbahn-Reformen

Von Ernst Haar MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Vorschläge, wie die Bahn schwarze Zahlen schreiben kann, erwartet DB-Vorstandsvorsitzender Dr. Gohlke von der Regierungskommission Bundesbahn. Solches Vertrauen ehrt, zumal der Bahnchef selbst nicht gerade ein rosiges Bild des bundesdeutschen Schienenkonzerns zeichnet: Der Personalaufwand lag im vergangenen Jahr zwar niedriger als etwa 1982 - was die enormen Rationalisierungen und Einsparungen in diesem Sektor kennzeichnet -, aber die Verschuldung des Bundesunternehmens wächst trotzdem, 1989 zwar „nur“ um 1,3 Milliarden DM auf 44 Milliarden DM; aber für 1990 wird wieder eine Neuverschuldung um circa drei Milliarden DM erwartet.

Verbesserungen bei den Erträgen wurden nicht in der Leistungsproduktion erreicht, sondern sind „im wesentlichen auf Erlöse aus dem Immobilienbereich, der Teilprivatisierung von Beteiligungsfirmen...zurückzuführen“. So muß Reiner Gohlke denn auch selbst schlußfolgern: „Eine langfristige Stabilisierung der finanziellen Basis der Bahn ist nicht sichergestellt. Unter den derzeitigen Bedingungen werden sich die Jahresergebnisse mittelfristig eher verschlechtern, die Nettokreditaufnahme zunehmen und damit die Verschuldung weiter ansteigen.“

Wertschätzung und Sympathie für die umweltfreundliche und energiesparende Bahn als leistungsfähiges und sicheres Verkehrsmittel nehmen in der Bevölkerung eindeutig zu. Bundes- und Reichsbahn haben seit dem 9. November 1989 ihre Leistungs- und Kooperationsfähigkeit eindrucksvoll bestätigt: 4.600 innerdeutsche Sonderzüge bis Jahresende '89, Verdoppelung der regelmäßig verkehrenden deutsch-deutschen Zugverbindungen auf über 200 zum Sommerfahrplan 1990. Dies verdient Anerkennung und Beachtung.

DB und DR sehen eine stufenweise Integration vor mit dem Ziel, ein kurzfristig verbesserbares Schienenangebot sowie den Aus- und Neubau wichtiger Bahnstrecken zu realisieren. Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Herbert Keddi, zieht mit: „Wir müssen alles unter dem Gesichtspunkt tun, daß beide Bahnen schrittweise zu einer Einheit zusammenwachsen... Die Bahn in einem deutsch-deutschen Verkehrsverbund nicht an die Spitze zu stellen, heißt von vornherein, der Entwicklung hinterherzueilen.“

Was bei Lufthansa und Interflug schon Praxis ist - nämlich rasch und konkret in unmittelbarer Zusammenarbeit die Verkehrsangebote im Interesse der Bevölkerung zu verbessern -, soll nach dem Willen der Bundesregierung offenbar für DB und DR nicht gelten. Jedenfalls bremst Minister Zimmermann plötzlich mit Nachdruck. Er warnte die Bundesbahn schriftlich davor, sich in Sachen Kooperation und Konzeption besserer Schienenverbindungen zu weit aus dem Fenster zu hängen.

Eine unglückliche, ja unverständliche Haltung. Die Devise „Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß“ ist bahnpolitisch verheerend. Seit Jahren fordern Bundesregierung und Bundesverkehrsminister von ihrem Schienenunternehmen, auf staatliche Hilfe zu verzichten und sich flexibel im Verkehrsmarkt zu bewegen, unternehmerische Phantasie zu entfalten, um verlorengegangene Verkehrsanteile durch Eigenleistung wiederzugewinnen. Wo die DB dies jetzt im Miteinander mit der DDR versucht, wird sie an die kurze Leine gelegt.

Zur inhaltlichen Konkretisierung der vorgeschlagenen Verkehrsunion muß der Bundesverkehrsminister jetzt Nägel mit Köpfen machen. Das Management der DB ist gut beraten, sich nicht davon abbringen zu lassen, was der Entfaltung unternehmerischer Dynamik dient. Das heißt auch, für gute, integrative Vorschläge, Planungen und Realisierungen deutsch-deutscher Eisenbahnstrecken zu sorgen und die Initiative nicht - wie gewohnt - Straße und Luftverkehr zu überlassen. Ohne die Rückgewinnung von Verkehrsmarktanteilen läßt sich eine bessere finanzielle Bahn-Entwicklung auf Dauer nicht erreichen.

(-/18.4.1990/rs/ks)

Ein Mann der Tat

Zur Erinnerung an Kurt Schumacher und die Wiedergründung der SPD in Hannover vor 45 Jahren

Von Annamarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Die letzten Kämpfe dauerten noch an, die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches stand noch bevor, da rief Kurt Schumacher bereits seine politischen Freunde zusammen, um die Sozialdemokratische Partei in Hannover wiederzugründen.

Am 19. April 1945, zehn Tage nach der Besetzung Hannovers durch amerikanische Truppen, hatte für ihn eine entscheidende Etappe im Kampf um die demokratische Neugestaltung des völlig am Boden liegenden Deutschlands begonnen. In Hannover, wo Dr. Kurt Schumacher seit seiner Entlassung aus den Konzentrationslagern der Nazis Wohnsitz nehmen mußte, entwickelte er sofort seine politischen Aktivitäten, um die Wiedergründung der traditionsreichen Sozialdemokratie nach den Jahren der zwölfjährigen Barbarei öffentlich anzukündigen.

Von Hannover-Badenstedt aus, in einem kleinen Dachzimmer, gingen seine ersten politischen Aktivitäten aus, die schnell über die von der Besatzungsmacht gesetzten Grenzen hinauswirkten. Wenige Wochen später zog das „Büro Dr. Schumacher“ in das Haus Jacobstraße 93 in Hannover-Linden ein und wurde zum Sammelpunkt der Sozialdemokraten, die überall im Lande die SPD wieder gründen wollten. Es dauerte nicht lange, und es meldeten sich die früheren Kampfgefährten aus dem Schwabenland, mit denen er bis zu seiner Verhaftung am 6. Juni 1933 auch noch illegal weitergekämpft hatte. Es war erstaunlich, wieviele Sozialdemokraten glücklicherweise die Nazizeit überstanden hatten, ohne sich an dem System die Finger schmutzig gemacht zu haben. So war es kein Wunder, daß sich die Sozialdemokraten auch berechtigt fühlten, ihren Anspruch auf die Neugestaltung Deutschlands als führende politische Kraft anzumelden.

Dieser Kurt Schumacher, dessen ausgemergelte Gestalt wie eine Versinnbildlichung dieses am Boden liegenden Deutschlands zu sein schien, war aber auch gleichzeitig die Verkörperung einer Hoffnung.

„Wir verzweifeln nicht“, rief er auf dieser denkwürdigen Zusammenkunft am 19. April 1945 aus. Und er erklärte unbeeindruckt von den Besatzungsmächten: „Ein echter Frieden ist nur ein solcher, in dem die Ideale verwirklicht sind, für die der Krieg geführt worden ist. Deutschland lebt nur als Idee und nicht als Tatsache. Es ist ein politisches Niemandsland, ein weißer Fleck auf der Landkarte, der ausgefüllt werden muß. Wir sind Todfeinde eines jeden Nationalismus und Militarismus, aber gerade als bewußte Internationalisten treten wir für das Lebensrecht der deutschen Nation ein. Unser Kampf geht darum, diese Nation menschlich und sozial in den Kreis der freien Völker zu führen.“

Und dieser Kurt Schumacher, der zehn Jahre in Hitlers Konzentrationslagern verbringen mußte, ließ sein politisches Handeln nicht von Rache diktieren. Er wußte, wie sehr es den Nazis gelungen war, ihr Schicksal mit dem des ganzen Volkes zu verknüpfen. So rief er aus: „Wir wollen nicht jedem Menschen, der von der großen Epidemie des Nazismus in Deutschland einmal ergriffen war, das Leben zerstören, wenn er Einsicht und Reue tätig beweist. Aber wir wollen die einfachste menschliche Gerechtigkeit.“

Welche Parallele mit der Situation in der DDR heute!

Es waren damals die Männer und Frauen der Tat, die den demokratischen Neubau vorantrieben, und die die Grundlage für ein stabiles, demokratisches Gesamtdeutschland schufen.

Daß die breiten Massen der Arbeitnehmer, die die größten Lasten des Krieges trugen und den Aufbau ihrer demontierten Betriebe leisteten, zu diesem demokratischen Neubau standen, war ein entscheidendes Verdienst von Kurt Schumacher und den Sozialdemokraten.

Am 20. August 1945 stellte Dr. Kurt Schumacher den Antrag auf Wiedezulassung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Am 20. August 1952 schloß er für immer die Augen.

(-/18.4.1990/rs/ks)

* * *

Den Frauenhandel mit Taten bekämpfen

Zum Umgang der Bundesregierung mit dem 1. Gesamtbericht über dieses schmutzige Geschäft

Von Christa Randzio-Plath MdEP

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Völlig unzureichend ist die Reaktion der Bundesregierung auf die Vorlage ihres 1. Gesamtberichtes zum Menschenhandel mit Frauen. Damit setzt die Bundesregierung ihre unrühmliche Tradition fort, Zustände zu benennen und wissenschaftlich untersuchen zu lassen, das Handeln aber enden zu überlassen.

Es ist begrüßenswert, daß die Bundesregierung endlich die Initiative des Deutschen Bundestages aufnimmt und in wissenschaftlichen Studien feststellen will, welches die Ursachen für Sextourismus und Zwangsprostitution sind.

Es gibt nach Ansicht der ASF eine einfache Antwort: Armut bringt Eltern dazu, ihre Töchter zu verkaufen, oder Mädchen und Frauen dazu, sich in die Hände von unseriösen Heiratsvermittlern oder von Bordellbesitzern zu begeben.

Wichtiger als Studien sind heute Maßnahmen zur Armutsbekämpfung.

Die Frauenministerin sollte endlich dem Drängen der bundesdeutschen Frauenorganisationen und Frauengruppen folgen und den Frauen helfen, die in der Bundesrepublik gestrandet sind. Ihnen müßte ein Aufenthaltsrecht zugestanden werden, damit sie eine Ausbildung oder eine Erwerbsarbeit ausüben können. Sie müssen Anlaufstellen und Beratung erhalten. Modellprojekte sind nicht mehr nötig.

Darüber hinaus müssen Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsprojekte in den betroffenen Ländern gefördert werden, damit Mädchen und Frauen nicht mehr Objekte des Handels sind, sondern ein menschenwürdiges Dasein führen können. Der Marie-Schlei-Verein, eine Nicht-Regierungsorganisation, fördert ein solches Frauenprojekt.

Vor allem aber muß die Möglichkeit unterbunden werden, mit Frauen- und Kinderhandel Geld zu verdienen.

Hier reichen entgegen den Behauptungen der Bundesregierung die heutigen Gesetze und Verfahren nicht aus. Auch müssen die Strafen höher sein. Darüber hinaus müssen endlich die deutschen Botschaften in den betroffenen Ländern eine umfassende Aufklärung betreiben, damit Frauen und Mädchen nicht mehr auf die üblen Tricks der Menschenhändler hereinfallen können.

Im Europäischen Jahr des Tourismus 1990 wünscht sich die ASF ein Verbot der direkten und indirekten Werbung mit Sextourismus. Freiwillige Selbstzensur sind keine Alternative. Das zeigt die Tatsache, daß trotz Aids der Sextourismus in Thailand, Kenia, der Dominikanischen Republik oder Südkorea weiterhin zugenommen hat.

(-/18.4.1990/rs/ks)

* * *